

dbb Hessen legt Studie zu Gewalt gegen Beschäftigte im Öffentlichen Dienst vor

dbb-Landesvorsitzender Heini Schmitt: „Haben noch einen langen Weg vor uns“

Erstmals hat der dbb Hessen einen umfangreichen Lagebericht zur Gewalt gegen Beschäftigte des Öffentlichen Dienstes vorgelegt. Nun verfügt man über ein konkreteres Zahlenwerk, um noch tiefer in die Diskussion mit der Politik einsteigen zu können, wobei die unzähligen Einzelfallschilderungen der Betroffenen erneut große Bestürzung hervorrufen.

„In jüngster Vergangenheit ist es schon zu erkennbaren Verbesserungen in einzelnen Bereichen gekommen“, sagt dbb Landesvorsitzender Heini Schmitt bei der Vorstellung der Studie, die in Zusammenarbeit mit Prof. Britta Bannenberg von der Uni Gießen entstanden ist. Aber eines stellt er auch fest: „Wir haben aber noch einen sehr langen Weg vor uns.“

„Wir sehen uns umfänglich bestätigt in unserem Bekämpfungskonzept, unserem Lebenslagenmodell, das wir bereits am 21. Februar 2018 in einem Symposium der Öffentlichkeit präsentiert hatten“, sagt Heini Schmitt. Es hat zum Kern, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst nur gelingen kann unter dem tatkräftigen Zusammenwirken aller relevanten Personen und Institutionen.

„Die wiederkehrenden öffentlichen Appelle zu respektvollem Umgang zeigen leider keinerlei Wirkung“, sagt Schmitt. „Auch die öffentliche Empörung, wenn es mal wieder zu einem besonders heftigen Vorfall gekommen ist, beeindruckt die Menschen in unserer Gesellschaft, die meinen, sie könnten sich alles erlauben, überhaupt nicht.“ „Deshalb hilft hier in der Tat nur das konsequente Funktionieren des Rechtsstaats“, so Schmitt.

Im Einzelnen bestätigt die Studie unser Bekämpfungskonzept bspw. in folgenden Aspekten:

- 1.) Anfeindungen und Übergriffe gehen weit über Vollzugs- und Rettungsdienste hinaus, erreichen sehr viele andere Tätigkeitsfelder im öffentlichen Dienst in unterschiedlicher Ausprägung
- 2.) Nur ein geringer Teil des Ganzen wird überhaupt behördenintern erfasst
- 3.) Nur ein sehr geringer Anteil wird zur Strafanzeige gebracht
- 4.) Betroffene wünschen sich durchgängig erheblich konsequenteres Durchgreifen der Justiz, wobei hierfür natürlich auch entsprechende Personalausstattung erforderlich ist
- 5.) Betroffene wünschen sich sehr häufig eine viel bessere Vorbereitung und Unterstützung seitens ihres Arbeitgebers/Dienstherrn
- 6.) Betroffene wünschen sich einen besseren strafrechtlichen Schutz

Heini Schmitt macht deutlich: „Es geht um den Schutz der Beschäftigten, um ihre physische und psychische Integrität. Dabei geht es aber auch um ihre Würde.“

Weder der Staat als Arbeitgeber und Dienstherr, noch die Bürgerinnen und Bürger dürften erwarten oder hinnehmen, dass sich Beschäftigte bei der Ausübung ihres Dienstes zum Wohle der Allgemeinheit immer wieder übelsten Anfeindungen und Übergriffen aussetzen müssen, dabei ihr Leben und ihre Unversehrtheit aufs Spiel setzen und letztlich fortwährend ihrer Würde beraubt werden!

„Wir bedanken uns sehr bei Prof. Dr. Bannenberg für die aufwändige und detaillierte Studie und wir bedanken uns sehr bei den Verbänden und Kolleginnen und Kollegen, die mitgemacht haben“, sagte Heini Schmitt.

Kontakt bei Medien-Anfragen:

Andreas Nöthen
Pressesprecher, presse@dbbhessen.de, Tel. +49 170 733 55 11

dbb beamtenbund und tarifunion
Landesbund Hessen e.V.
Europa-Allee 103 (Praedium)
60486 Frankfurt am Main
Tel. 069 281780
mail@dbbhessen.de
www.dbbhessen.de
VR AG Frankfurt 4291
Vorsitzender
Heini Schmitt